

„Wir sind im Mittelmeer aktiv, weil die EU versagt.“

Über die aktuelle Arbeit der NGO Ärzte ohne Grenzen

„Ärzte ohne Grenzen“ ist eine humanitäre, medizinische Hilfsorganisation. Sie wurde 1971 gegründet, um Menschen in medizinischen Notlagen zu versorgen. Das betrifft vor allem Bürger aus Staaten, die entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, eine Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten. Ursachen für medizinische Notlagen sind unterschiedlich. Häufig spielen Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte eine Rolle. Daniel Böldt sprach für *WeltTrends* mit Philipp Frisch, Leiter der Berliner Advocacy Unit für Ärzte ohne Grenzen Deutschland, zur aktuellen Arbeit der Organisation in Nordafrika und im Mittelmeer.

Herr Frisch, seit knapp vier Jahren bestimmen die Themen Flucht und Migration die Schlagzeilen in Deutschland. Zu Recht?

Es stimmt, dass heute mehr Menschen auf der Flucht sind als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber die meisten Menschen, die fliehen, verlassen ihr eigenes Land nicht. Zwei Drittel aller Geflüchteten sind intern vertrieben. Und auch nur ein Bruchteil derer, die ihr Land verlassen, versuchen in die reicheren Länder zu fliehen.

Dennoch sind 2015 fast eine Million Menschen nach Deutschland gekommen. Haben wir eine „Flüchtlingskrise“?

Die Rede von der Flüchtlingskrise in Europa seit 2015 hat mindestens drei große Lügen: Die erste ist „2015“. Flucht hat es immer gegeben und wird es immer geben. Solange es Gewalt gibt, werden Menschen fliehen. Auch vor 2015 waren Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die zweite Lüge ist „Europa“. Die eigentlichen Fluchtbewegungen haben nichts mit Europa zu tun. Der überwiegende Teil der Menschen flieht in Nachbarländer oder innerhalb des eigenen Landes. Selbst innerhalb Europas gehört Deutschland nicht notwendigerweise zu den Ländern, die pro Kopf oder in Bezug auf ihre ökonomische Kraft die meisten Geflüchteten aufgenommen

hat. Die dritte große Lüge ist „Flüchtlingskrise“. Das ist keine Krise, die irgendetwas mit Geflüchteten zu tun hat. Es ist eine Krise der europäischen Solidarität. Die Fluchtroute nach Europa über das Mittelmeer ist die tödlichste Fluchtroute der Welt. Europa lässt es zu und befördert es geradezu, dass Hunderte Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und sexueller Gewalt fliehen, an der Türschwelle Europas ertrinken. Das findet jeden Tag statt.

Was sollte die EU dagegen tun?

Erstens wäre die EU selbst zuständig dafür, eine ordentliche Seenotrettung durchzuführen, was sie nicht tut. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter und behindert die private Seenotrettung, die überhaupt nur begonnen wurde, weil die staatliche zurückgefahren wurde. Vor dem Ende des Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum hat keine Organisation gesagt: Wir retten auf dem Mittelmeer. Warum auch? Das ist eine genuin staatliche Aufgabe.

Auch Ärzte ohne Grenzen ist im Mittelmeer aktiv.

Ja, unser Engagement ist ein Lackmustest für Staatsversagen. Wir arbeiten nur dort, wo Staaten versagen. Dass wir im Mittelmeer aktiv sind, heißt, dass die EU hier versagt und ihrer eigentlichen Aufgabe nicht nachkommt. Aber es ist ja noch schlimmer: Die EU verhindert, dass private Seenotretter vor Ort Menschen retten. Wir haben 2015 drei Schiffe betrieben. Bis vor kurzem gab es noch die Aquarius. Man hat uns so lange mit abstrusen Vorwürfen malträtiert, bis es irgendwann nicht mehr ging und wir unser Schiff stilllegen mussten. Der italienische Staat hat versucht, uns mit Anti-Mafia-Gesetzgebung an die Kette zu legen. Es wird gezielt verhindert, Menschen zu retten.

Die EU versucht, die Flucht möglichst früh zu stoppen, indem sie beispielsweise die libysche Küstenwache unterstützt.

Eine Küstenwache, die Menschen auf der Flucht aus einem akuten Konfliktgebiet abfängt und zurückbringt in ein System von Ausbeutung und Gewalt. Jegliche Versuche der EU, in irgendwelchen Kontexten an Menschenrechte zu appellieren, sind angesichts dessen eigentlich lächerlich. Die EU ist nicht in der Lage, Menschenrechte an den eigenen Grenzen

einzuhalten, sondern ist im Gegenteil einer der Akteure, der humanitäre Hilfe verhindert. Die Legitimität Europas, sich irgendwo in der Welt für die Einhaltung von Menschenrechten einzusetzen, ist aus meiner Sicht schwer beschädigt.

Wie ist die Lage der Geflüchteten in Libyen?

Zurzeit sind etwa 3.000 Geflüchtete und Migranten in Internierungslagern im Großraum Tripolis untergebracht, in unmittelbarer Nähe zum Frontverlauf. Das heißt, dass die ohnehin schon menschenunwürdige Situation in den Internierungslagern jetzt durch die Gewalt verstärkt wird. Migranten sind direkt bedroht. Es gab Situationen, in den Migranten direkt beschossen wurden, auch Berichte über Tote gab es.

An was fehlt es den Menschen konkret?

Wir haben schon vor den aktuellen Kämpfen in einem der Camps in Sabaa, einem Vorort von Tripolis, eine Untersuchung durchgeführt. Dort stellten wir fest, dass ein Viertel der Menschen mangelernährt oder stark untergewichtig ist. Die Menschen haben uns erzählt, dass sie bis zu vier Tage nach Ankunft warten müssen, bis sie etwas zu essen bekommen. Danach bekommen sie alle zwei, drei Tage eine Mahlzeit. Es gibt Räume, in denen die Menschen weniger als einen Quadratmeter pro Person Platz hatten. Das heißt, sie können sich nicht mal alle hinlegen, sie müssen abwechselnd schlafen. Die Menschen haben keinen Zugang zu hygienischen Einrichtungen, müssen teilweise in Flaschen urinieren. Und das war die Situation vor den Kämpfen der letzten Monate. Die Versorgungslage wird jetzt noch prekärer. Es gibt Berichte über Zwangsarbeit. Die Menschen müssen da raus!

Sie fordern, dass die EU diese Menschen aufnehmen soll?

Ja, weil die EU dieses System erst möglich gemacht hat, indem sie die libysche Küstenwache ertüchtigt hat, die Menschen zurückzuholen. Viele der 3.000 Menschen in Tripolis haben versucht zu fliehen und sind abgefangen worden. Diese Menschen sagen: Der einzige Weg hier raus führt über das Meer, aber das schaffen wir nicht. Die Mitverantwortung der EU für dieses System liegt klar auf der Hand. Das Engagement der EU und insbesondere



Lohnenswerter Einsatz: 435 Menschen von drei Booten in Seenot gerettet (2016)

der Bundesregierung beschränkt sich nicht nur auf die libysche Küstenwache. Im Mai war Bundeskanzlerin Merkel in der Sahel-Zone.

Es ist erstaunlich, wie Länder in dieser Region auf einmal im Fokus der deutschen Außenpolitik stehen. Das zeigt, dass die europäischen Länder und insbesondere Deutschland zunehmend den Versuch vorantreiben, die europäischen Außengrenzen zu externalisieren, also weiter in Richtung Süden zu verschieben. Die Menschen fallen ja nicht am Ufer des Mittelmeers vom Himmel und fangen dann erst ihre Flucht an. Sie haben oft lange Wege hinter sich. Die EU-Politik versucht, Flucht zu verhindern. Und zwar schon viel früher als am Ufer des Mittelmeers. Da geht es darum, Transitstaaten und Herkunftsstaaten zu ertüchtigen, damit sie diese Menschen viel früher aufhalten. Das ist im Moment das Primat der europäischen Außenpolitik.

Wie bewerten Sie diese Politik?

Das ist extrem besorgniserregend. Es wäre die Verantwortung der EU, sich auch um die Verwundbarkeit der Menschen, die auf der Flucht sind, zu kümmern. Wie kann man ihnen Schutz und Versorgung zukommen lassen? Wie kann man verhindern, dass Konflikte und Vertreibung stattfinden? Diese Fragen sollten im Zentrum stehen, tun sie aber nicht. Das, was im Zentrum steht, ist nicht Fluchtursachenbekämpfung, sondern Flucht-bekämpfung. Das ist ein spürbarer Unterschied. Was verhindert wird, ist die Flucht. Nicht die Ursache.

Die Motivation mag falsch sein, aber wird dadurch nicht trotzdem Flucht, von der sie selbst sagen, dass sie lebensbedrohlich ist, verhindert?

Die Motivation spielt eine Rolle, weil die Maßnahmen in dem Fall unterschiedlich sind. Wenn es darum ginge, Fluchtursachen zu bekämpfen, müsste man sich diese erstmal anschauen. In vielen Fällen sind es Gewalt, Krieg, Vertreibung. Mein Eindruck ist nicht, dass die europäischen Staaten alles tun, um das zu adressieren. Stattdessen werden Mittel der Entwicklungshilfe verwendet, um zum Beispiel Grenztruppen im Sudan mit Nachtsichtgeräten auszurüsten. Oder es werden Anreize für Transitländer geschaffen, die Grenzen zu schließen.

Noch mal: Kann das nicht trotzdem erfolgreich sein, um Flucht zu verhindern?

Diese Politik hat gleich zwei Fehler: Ja, Menschen, die auf der Flucht sind, sind verwundbar. Nichtsdestoweniger sehen wir, dass Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, eine höhere Lebenswahrscheinlichkeit haben als Menschen, die nicht fliehen oder nicht fliehen können. Wenn man sich jetzt auf europäischer Seite auf die Menschen konzentriert, die ein Potenzial haben, nach Europa zu kommen, dann sind das nicht notwendigerweise die Verwundbarsten. Das sind oft die, die gar nicht mehr fliehen können.

Ein weiteres Missverständnis ist, dass Flucht durch solche Maßnahmen verhindert wird. Die Flucht wird nur gefährlicher, weil sie auf Routen verlegt wird, die noch riskanter sind. Jede Rede von „Pull-Faktoren“, also Motiven wie höherer Wohlstand im Norden, ignoriert, dass es primär innere Faktoren sind, die Menschen dazu bringen, zu fliehen. Vor einem Jahr habe ich eine Frau aus Eritrea kennengelernt. Sie erzählte, dass sich Frauen, die sich auf den Weg machen, Injektionen zur langanhaltenden Empfängnisverhütung besorgen – in der sicheren Annahme, dass sie auf der Flucht vergewaltigt werden. Wenn Menschen sich von diesen Gefahren nicht abschrecken lassen, dann sicher auch nicht von besser ausgerüsteten sudanesischen Grenztruppen. Jede Rede von „Pull-Faktoren“ ist dann einfach lächerlich.

Sie bezeichnen sich als neutrale, unpolitische Organisation. Gleichzeitig operieren sie in politischen Kontexten und stellen auch Forderungen. Was verstehen Sie unter unpolitisch?

Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sind zentrale humanitäre Prinzipien unserer Arbeit. Neutralität ist wichtig als Vorbedingung, um in Regionen mit bewaffneten Konflikten handeln zu können. Wir sehen uns als unpolitisch im Sinne von parteipolitisch und ideologisch neutral. Gleichzeitig versuchen wir, den Menschen eine Stimme zu geben, die sonst keine haben. Natürlich kann man sagen: Es ist eine politische Äußerung zu sagen, Menschen haben ein Recht auf Gesundheitsversorgung. Wenn man unter Politik jede Äußerung versteht, die etwas mit der Organisation der Grundversorgung und des Schutzes von Menschen zu tun hat, dann sind wir eine politische Organisation. Aber wir sind weder links noch konservativ. Wir sehen uns als Anwälte derjenigen, die oft verwundbar sind, weil sie keine politischen Repräsentanten haben. Manchmal ist es auch geboten zu handeln, um die Neutralität zu schützen. 🌐

Philipp Frisch

geb. 1986, Leiter der Berliner Advocacy Unit für Ärzte ohne Grenzen Deutschland. Sein Team ist verantwortlich für die Koordination der politischen Arbeit und der Positionierung von Ärzte ohne Grenzen gegenüber deutschen Entscheidungsträgern.



ANZEIGE



Serfiraz Demir

Beratung nach Flucht und Migration

Flucht ist eine traumatische Erfahrung, die Fluchtursachen sind es in der Regel erst recht. Geflüchtete kommen daher häufig psychisch hoch belastet in Deutschland an und leiden hier zudem unter migrationsspezifischen Stressoren. Das Angebot psychologischer Behandlungen für Asylsuchende ist jedoch unzureichend. Serfiraz Demir zeigt, wie eine evidenzbasierte psychologische Erstberatung bei Geflüchteten in Form einer psychoedukativen Gruppe in kurzer Zeit umgesetzt werden kann.

WeltTrends, Potsdam 2015 | ISBN 978-3-945878-12-5 | 15,90 Euro